

Vorbild Großbritannien - Politik fördert Engagement

Von Ina Epkenhans und Jonathan Przybylski

„Our vision is of a society in which citizens are inspired to make a positive difference to their communities, and are able to influence the policies and services that affect their lives.“

(David Blunkett 2003)

„New Labour“ und der „Dritte Weg“

Nach einem überwältigenden Wahlsieg trat die Labour-Regierung von Tony Blair im Mai 1997 ihr Amt an. Mit der Proklamation eines „Dritten Weges“ begann die politische Förderung von gesellschaftlichem Engagement. Einige Initiativen fokussieren dabei auf Partizipation im Sinne einer active citizenship, andere nehmen vorrangig freiwilliges soziales Handeln, sprich volunteering, in den Blick. Zahlreiche zielgruppenspezifische Programme wurden beschlossen - insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene - und oftmals in Kooperation mit gemeinnützigen Organisationen sowie Unternehmen sukzessive umgesetzt. Im Zentrum stand dabei die Vision einer aktiven Bürgergesellschaft, in der der Einzelne motiviert wird, das eigene kommunale und politische Lebensumfeld zu beeinflussen und zu verändern.

Heute schauen wir auf ein Großbritannien, das nach zehn Jahren „New Labour“-Regierung systematisch bei der jungen Generation ansetzt und sie in ihrer Entwicklung zu Selbstständigkeit und Verantwortung unterstützt. Gesellschaftliches Engagement wird früh gelernt und damit auch der Boden für ein aktives Gemeinwesen bereitet. Die Idee eines „Dritten Weges“ stand dabei Pate: Konsequenter verfolgte die britische Regierung den Weg des ermöglichenden und aktivierenden Staates, der nicht nur neue Chancen für gesellschaftliches Engagement eröffnet, sondern das Ermöglichen auch durch gezieltes Aktivieren ergänzt. Diese Haltung markierte einen Wandel im Vergleich zur Politik der konservativen Tories, die das Land in den 80er und 90er Jahren geprägt hatte. Die konservative Partei hatte sich hauptsächlich mit der Dichotomie von Markt und Staat befasst und dabei den Dritten Sektor mit seinen vielen Vereinen, Initiativen und freiwillig Engagierten weitestgehend ignoriert.

Ein Signal des Aufbruchs und des neuen Verhältnisses zwischen Staat und dem gemeinnützigen Dritten Sektor war die Verabschiedung des „Compacts“, einer Art Grundsatzerklärung, um das Verhältnis zwischen Staat und gemeinnützigem Dritten Sektor auf eine stabile Basis zu stellen. Bereits im Herbst 1998 - weniger als 18 Monate nach Regierungsantritt - wurde dieser Vertrag ausgehandelt und vereinbart. Er brachte eine radikale Veränderung mit sich. Erstmals näherte sich die Politik strategisch dem Dritten Sektor mit dem Ziel, ihn als Ganzes zu stärken und für den einzelnen Bürger bessere Rahmenbedingungen für politische Partizipation und freiwilliges soziales Handeln zu schaffen.

„Chancen“ für die neue Generation

Bei dieser Annäherung an den Dritten Sektor und die gemeinnützigen Akteure entdeckte „New Labour“ sehr schnell die junge Generation als besondere Zielgruppe ihrer Politik. Dem lag die Erkenntnis zugrunde, dass die Bereitschaft, sich zu engagieren und Verantwortung für sich, für andere und für das Gemeinwohl zu übernehmen, bereits in der Kindheit gelegt wird. Auch sprachen Ende der 90er Jahre mehrere Untersuchungen für eine besondere Beachtung dieser jungen Zielgruppe: Für viele Jugendliche in Großbritannien stellte Politik ein Schimpfwort dar. Die Skepsis gegenüber Parteien und Verbänden war groß. Und Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie sozial Benachteiligte engagierten sich deutlich seltener als Kinder der „weißen Mittelklasse“.

Vor diesem Hintergrund entschied sich die „New Labour“-Regierung dafür, systematisch neue Zugangswege für mehr Engagement zu eröffnen. In den Folgejahren wurden zahlreiche Maßnahmenpakete zur Stärkung von politischer Partizipation und freiwilligem Handeln verabschiedet.

Maßnahmen zur Förderung politischer Partizipation

Betrachtet man die Vorschläge und Maßnahmen, die sich auf die junge Generation beziehen, fällt gleich zu Beginn der Regierungszeit Blairs der vom damaligen Bildungsminister Blunkett in Auftrag gegebene Crick-Report ins Auge. Die „Advisory Group on Education for Citizenship and the Teaching of Democracy in Schools“ sollte zu notwendigen Reformen in der Vermittlung von Wissen über die „Verfassung“ sowie bürgerschaftliches Handeln in Staat, Politik und Wirtschaft Stellung beziehen.

Im September 1998 kam sie zu dem Ergebnis, dass Citizenship Education die Schüler motivieren und befähigen muss, sich über ihre Schulzeit hinaus aktiv in Staat und Zivilgesellschaft zu engagieren. Als aktive Bürger sollen sie am sozialen und politischen Leben der Gesellschaft mitwirken. Die Kommission empfahl, zu diesem Zweck Schule so zu gestalten, dass Schüler sie als einen Ort erleben, in dem Engagement anerkannt und gestärkt wird. Die Empfehlungen beziehen sich jedoch nicht nur auf den innerschulischen Raum. Es sollten auch „community forums“ geschaffen werden, in denen Lokalpolitiker, Lehrer, Jugendliche, Vertreter der Kirchen und interessierte Bürger zusammenkommen, um über Citizenship Education in der Kommune zu sprechen und konkrete Projekte zu entwickeln.

Im Jahr 2000 erklärte das neue nationale Curriculum Citizenship Education zu einer Kernaufgabe von Schule. Noch im selben Jahr wurde Citizenship Education an Grundschulen als verpflichtendes Querschnittsthema und zwei Jahre später in allen weiterführenden Schulen als neues Kernfach eingeführt. Das Fach war etabliert, Materialien und Handreichungen für Lehrer fehlten. Bemerkenswert ist, dass in dieser Situation das Bildungsministerium auch gemeinnützige Organisationen, darunter z. B. die Citizenship Foundation, damit beauftragte, Leitfäden und Unterrichtsmaterialien für Schulen zu entwickeln.

Die Politik zur Förderung von Citizenship Education bezog sich jedoch nicht allein auf den Lernort Schule. Für Jugendliche zwischen 16 und 19 Jahren wurden ca. 150 Projekte (z. B. Debattier-Clubs und Jugendparlamente) in Universitäten sowie Jugendzentren finanziert. Darüber hinaus wurde die Förderung von Kinder- und Jugendbeteiligung im kommunalen Kontext in vielen politischen Strategien zur Selbstverständlichkeit, so z. B. in Programmen wie „Civil Renewal: A new agenda“ und „National Strategy for Neighbourhood Renewal“.

Maßnahmen zur Förderung freiwilligen Handelns

Neben der Förderung und Etablierung von Citizenship Education stand die Ausweitung freiwilliger Aktivitäten sowie die Erhöhung der Spendenbereitschaft auf der Agenda der „New Labour“-Regierung. Im Juli 2001 startete die Regierung in Kooperation mit der Charities Aid Foundation und dem Dachverband gemeinnütziger Organisationen (National Council for Voluntary Organisations) die nationale Kampagne „Giving Nation“ mit dem Ziel, das Spendenvolumen für gemeinnützige Organisationen zu erhöhen und eine neue Spendenkultur zu entwickeln. Während die breite Kampagne 2004 wieder eingestellt wurde, läuft diejenige für die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen bis heute mit guten Ergebnissen weiter: „G-Nation“ (Giving Nation) für 11- bis 16-Jährige. Im Kern werden Materialien für das Unterrichtsfach Citizenship Education mit dem Ziel entwickelt, neben Spaß an freiwilligem sozialem Handeln auch Kompetenzen für soziales Unternehmertum zu vermitteln. G-Nation ist heute das wichtigste Programm der Citizenship Foundation.

2004 setzte die Regierung einen weiteren wichtigen Akzent. David Blunkett und Gordon Brown, der damalige Finanzminister, beauftragten die „Russell Commission on Youth Action and Engagement“ damit, Vorschläge für die Zielgruppe der 16- bis 25-Jährigen zu entwickeln. Besser, mehr und vielfältiger sollten die Möglichkeiten für freiwilliges Handeln werden. Die Kommission, die insgesamt 6.000 Jugendliche konsultierte und der ein Jugendrat angehörte, empfahl im Mai 2005 die Errichtung einer operativen Organisation als umsetzende Instanz für die Russell-Empfehlungen. Sie solle zukünftig, so der Wunsch der Kommission, auch als zentrales Forum für alle Beteiligten - Jugendliche, Regierungs-, Dritt-Sektor- und Unternehmensvertreter - dienen. Gordon Brown kündigte bald darauf an, insgesamt 100 Millionen Pfund mit dem Ziel zu investieren, eine Million Jugendliche für freiwilliges soziales Handeln zu gewinnen.

Die Maßnahmenpakete sind in der Gesamtschau beachtlich. Die Blair-Regierung hat ihre Programme zur Förderung von Engagement sukzessive ausgeweitet. Den Strategiepapieren folgten politische Maßnahmen und die Bewilligung von Finanzmitteln. So wird in Großbritannien eine Engagementbiographie ermöglicht, die bereits in den allerersten Lebensjahren beginnt. Dass dabei Schulen als Distributionskanal gewählt werden, ist politisch innovativ und nachhaltig zugleich, denn nur auf diesem Weg können alle Kinder und Jugendlichen - unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft sowie ihrem Bildungsstand - erreicht werden.

Das Beispiel Großbritanniens macht deutlich, dass politische Partizipation und freiwilliges Handeln - obwohl oft getrennt diskutiert - ineinandergreifen und eng verwoben sind. Die Akzente werden in den verschiedenen Empfehlungen und Gutachten noch unterschiedlich gesetzt. Doch spätestens in den Maßnahmenpaketen sind beide Facetten gesellschaftlichen Engagements untrennbar miteinander verbunden. Die Politik zeichnet sich insgesamt dadurch aus, dass den Absichtserklärungen und Wünschen der vielen eingesetzten Kommissionen tatsächlich immer finanzierte Maßnahmenpakete folgten, die als Ganzes betrachtet einmalig in Europa sind. Das Beispiel Großbritanniens enthält damit zukunftsweisende Ideen auch für Deutschland.

Literatur:

- Advisory Group. *Education for Citizenship and the Teaching of Democracy in Schools*. London 1998.
- Andrews, Rhys, und Andrew Mycock. „Citizenship Education in the UK: Divergence Within a Multi-National State“. *Citizenship Teaching and Learning* (3) 1 2007.
- Kerr, David. „Citizenship Education in England: The Making of a New Subject“. *The Online Journal of Social Science Education* 2 2003.
- Pearce, Nick, und Sarah Spencer. „Education for Citizenship: The Crick Report“. *The Political Quarterly* (70) 2 1999. 219-224.

Dieser Artikel erscheint in:

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Vorbilder bilden. Gesellschaftliches Engagement als Bildungsziel*. Gütersloh 2007.